



FELICITAS

Zurück zu den Wurzeln



ELENA RAUCH über Stammbäume und Gotha

Ein Manifest wird vorgestellt. Nein, kein Gespenst geht um in Thüringen, so schlimm wird es nicht. Es geht um Familienforschung und ein Buch, dass die neuesten Erkenntnisse auf diesem Gebiet zusammenfasst. Ein „FamilienGeschichtliches Manifest“, wie es vom Autor heißt, der Vorsitzender der Genealogischen Verbände Deutschlands ist. „Mehr Genealogie wagen“ lautet der kämpferische Titel und vorgestellt wird es – in Gotha. Das wird niemanden wundern, der Ort ist mit sicherem Gespür gewählt. Wir erinnern uns: Gotha als Heimstatt der britischen Königsfamilie, als Kinderstube europäischer Dynastien. Als Prinz George das Licht der Welt erblickte, strickte die halbe Stadt Babysöckchen. Der Oberbürgermeister höchstpersönlich hatte zum Wettbewerb um die schönsten royalistischen Fußwärmer aufgerufen.

Die Stadt, so eine Vision, solle zu einem Zentrum der Familienforschung werden. Zurück zu den Wurzeln.

Irgendwann schaffen sie es. Irgendwann ruft die Queen an und erklärt die Gothaer Residenz zum Zweitwohnsitz. Und dann haben wir im Freistaat ein monarchistisches Problem.

HEUTE

Staatsoberhaupt zu Besuch Bundespräsident Joachim Gauck besucht die KZ-Gedenkstätte Buchenwald. Gauck will sowohl die Erinnerungsstätten an die Nazi-Opfer als auch das Speziallager besuchen. Geplant ist eine Begegnung mit KZ-Überlebenden und eine Diskussion mit Studenten.

Würdigung für Altbischof Mit einem Kolloquium in Jena ehren die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland und die Friedrich-Schiller-Universität Altbischof Christoph Kähler, der vergangene Woche 70 Jahre alt wurde. Thema des Kolloquiums: „Lutherbibel im Lebensalltag“.

Landesgartenschauen Auf einer Regierungs-Pressekonferenz informiert Umweltminister Jürgen Reinholz (CDU) zum Stand der Vorbereitungen der Landesgartenschauen in Schmalkalden 2015 und Apolda 2017.

Nach der Rede gab es einen dicken Kuss für Gregor Gysi

WAHL 2014 Linken-Fraktionschef im Bundestag machte Wahlkampf-Halt in Eisenach und sprach vor gut 400 Besuchern

VON KLAUS WUGGAZER

Eisenach. Nach der Bundeskanzlerin vorige Woche machte gestern der Oppositionsführer im Bundestag, Fraktionschef Gregor Gysi (Linke), in Eisenach Station. Gut 400 Zuhörer auf dem Markt hörten seine einstündige Wahlkampfred.

Beim Auftritt Gysis, der wegen seiner Bekanntheit durchaus als „Merkel der Linken“ gelten könnte, gab es einige verblüffende Parallelen: Auch er kam ein wenig zu spät an – im Gegensatz zur Kanzlerin, die mit dem Hubschrauber einflog, steckte er aber im Stau auf der Straße. Und auch er ging – nach seiner Rede – kurz in das kleine Café am Markt 5. Während Merkel sich dort frisch gemacht hatte, trank Gysi einen Kaffee.

Naturschützer fordern vom Ministerium rasche Richtlinie. Bauern wollen ausreichende Entschädigung für Schutzbauten

VON FRANK SCHAUKA

Erfurt. Thüringens Wolf fühlt sich in der Gegend rund um den Truppenübungsplatz Ohrdruf sichtlich wohl. „Er wurde da jetzt mehrfach gesehen“, teilte Silvester Tamás gestern mit. Nur gerissenes Wild wurde noch nicht gefunden. „Wir gehen davon aus, dass das junge Tier erst einmal da bleibt“, sagt der Sprecher der Arbeitsgruppe Wolf im Naturschutzbund Nabu.

Damit beginnt nun Phase 2 der Wolfsrückkehr: die Diskussion um Geld, also um staatliche Zuschüsse für Sicherungsbauten zum Schutz von Schafen und Lämmern vor dem Wolf.

„Das Umweltministerium muss zügig eine klare Wolfsschutz-Richtlinie erarbeiten“, fordert der Nabu-Mann. Denn bisher sei „nicht geregelt, welche Schutzmaßnahmen der Staat in welcher Höhe zahlt“.

Es geht beispielsweise um die Bezahlung von Elektrozäunen zwecks Wolfsvergrämung, um Zaunhöhen, um Untergrabungsschutz. Dass Wölfe vom Boden abhebende Krähen noch in 2,50 Meter reißen, kommt nicht selten vor, weiß Ralf Wettengel, Leiter des alternativen Bären- und Wolfsgeheges Worbis.

Umweltministerium geht von Wanderwolf aus

„Wir erwarten eine vernünftige Entschädigungsregelung. Wenn die Gesellschaft den Wolf will, muss sie den Landwirten den Aufwand ersetzen, den sie zum Schutz ihrer Tiere betreiben müssen“, erläutert Katrin Hucke die Position des Thüringer Bauernverbandes.

Im Umweltministerium sieht man die Lage noch mit gewisser Gelassenheit. „Hier geht man von einem durchreisenden Wolf aus“, heißt es. Für die Erarbeitung der vom Nabu geforderten Richtlinie bliebe somit ausreichend Zeit. Das ergibt sich aus ersten, am sächsischen Vorbild orientierten Überlegungen.

Geplant ist, dass eine Förderung nur beantragen kann, wer in einem Umkreis von 30 Kilometern von einem niedergelassenen Wolf wohnt. Hier allerdings könnte ein Streitpunkt

entstehen; denn Thüringen ist nicht Sachsen. Da in Sachsen Wölfe fast überall beheimatet sind, wohnt fast jeder Nutztierhalter in der Nähe eines Wolfes.

In einem Land mit wenigen Wölfen wie Thüringen ist es dagegen nicht immer leicht zu entscheiden, ob der Lebensmittelpunkt des Wolfs in 30 oder 50 Kilometern Entfernung liegt.

Zu regeln ist auch folgendes: Wenn im Wolfserwartungsland Thüringen mit wissenschaftlichem Anspruch in den nächsten Jahren ermittelt werden soll, wo

wie viele Wölfe leben, woher sie kommen, wohin sie wandern, was sie fressen, welchen Schaden bei Nutztieren sie verursachen, welchen Vorteil für das ökologische Gleichgewicht sie bringen, dann muss diese aufwendige Arbeit – Wolfsmonitoring genannt – ausreichend unterstützt, also finanziert werden.

„In Thüringen könnten sich 8300 Jäger und 6000 Nabu-Mitglieder am Wolfsmonitoring beteiligen“, weiß Silvester Tamás. Daraus ergebe sich eine sehr gute Beobachtungsgrundlage.

Gehalt des Zwangsverwalters beschäftigt Landtag

Die Linke will wissen, ob der Innenminister das Parlament täuschte. Auch die SPD zweifelt an Aussage von Jörg Geibert



Seit März führt Zwangsverwalter Klaus Brodbeck die Geschäfte in Mühlhausen. Foto: Jens König

VON MARTIN DEBES

Erfurt. Zu Beginn dieses Jahres stellten die Linke-Landtagsabgeordneten Frank Kuschel und Jörg Kubitzki eine Anfrage an Innenminister Jörg Geibert (CDU). Anlass war die damals angekündigte Einsetzung eines Zwangsverwalters für den finanziell mehr als angeschlagenen Unstrut-Hainich-Kreis. Eine Teilfrage betraf das Gehalt des selbstständigen Kommunalberaters Klaus Brodbeck.

Am 5. März antwortete Geibert: „Die Vertragsregelungen sehen eine Vergütung von 6000 Euro brutto (inklusive Mehrwertsteuer) pro Kalendermonat

vor.“ Diese „offenkundig unzutreffende Antwort“ habe der Minister im 4. April in einer Sitzung des Innenausschusses wiederholt, sagt Kuschel – der sich nun „hinters Licht geführt“ fühlt.

Erhöhung von 9300 auf 11400 Euro

Der Täuschungsvorwurf basiert auf einer internen E-Mail Brodbecks vom 26. März an das Geibert unterstellte Landesverwaltungsamt in Weimar, die unsere Zeitung vergangene Woche öffentlich machte. Darin erklärte der Zwangsverwalter, der

seit Anfang März die Geschäfte des Kreises führt, dass die schon zuvor vereinbarte Vergütung von 9300 Euro nicht ausreiche. Er bitte deshalb um eine Erhöhung auf 11 400 Euro. Am 7. April beantragte das Landesverwaltungsamt beim Innenministerium die Anhebung, die dort am 14. April genehmigt wurde.

Wie das Verwaltungsamt gegenüber unserer Zeitung mitteilte, behandelte der damalige Schriftverkehr nur das neue Gehalt, das ab dem 1. Mai gelte. Insofern sei die Größenordnung von 6000 Euro, die der Minister im März und April mitteilte, „korrekt“ gewesen. Abgesehen davon, hält die Behörde die Hö-

he angesichts der Nebenkosten für den aus Baden-Württemberg stammenden Brodbeck (Zweitwohnung, Fahrtkosten) für angemessen. In der Regel, hieß es, verlangten Beratungsunternehmen deutlich mehr.

Dennoch will Kuschel die Angelegenheit nochmals im Innenausschuss thematisieren. Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) verlangte zudem eine Klarstellung durch Geibert im Kabinett. Dabei, sagte er, gehe es ihm nicht nur um die Frage, ob falsch informiert wurde: Einem „externen Finanzbeauftragten“ ein „Salär in dieser Höhe zu gewähren“, sei weder sparsam noch verhältnismäßig.

Thüringens Wolf wird ein Fall für die Bürokratie

Pferdedrama: Drei weitere Tiere sind tot

Haflinger knabberten an giftigen Pflanzen

Meura. Der Vergiftungswelle im Haflinger-Gestüt Meura (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt) sind drei weitere Junghengste zum Opfer gefallen. Die Tiere seien am Wochenende gestorben, sagte eine Sprecherin des Gestüts am Montag. Damit hat der Pferdezuchtbetrieb innerhalb von knapp zwei Wochen nahezu alle seine vor einem Jahr geborenen Hengste verloren. Die Herde mit insgesamt 20 Hengsten hatte auf einer Weide Grünschnitt von für sie giftigen Lebens- und Buchsbäumen gefressen, den Unbekannte auf die Koppel geworfen hatten. 17 Tiere sind bislang an der Vergiftung gestorben. Die drei verbleibenden werden medizinisch überwacht.

Das südtüringische Haflinger-Gestüt ist mit 300 Tieren einer der größten Zuchtbetriebe für diese Pferderasse in Europa.

Die Polizei ermittelt weiter wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz und Sachbeschädigung, befragt Anwohner und sucht Zeugen. Ob es sich bei der Vergiftung um eine vorsätzliche Straftat handelt oder wohlmeinende Besucher die Tiere füttern wollten, ist bislang unklar. „Falls sich eine Straftat ausschließen lässt, wäre die Ablagerung des Grünschnitts auf der Weide immerhin noch eine Ordnungswidrigkeit“, sagte ein Polizeisprecher.

Warnung künftig per Handy

Hildburghausen. Vor Katastrophen wie Großbränden, Unwettern oder Havarien werden die Einwohner in Teilen Südtüringens künftig per Handy-Nachricht gewarnt. Als erster Landkreis in Thüringen nahm der Kreis Hildburghausen am Montag ein Warn- und Informationssystem in Betrieb, das in Gefahrensituationen über eine App – eine mobile Anwendung für Smartphones – oder per SMS-Kurznachricht und E-Mail informiert.

Die Empfänger bekommen auch Hinweise, wie sie sich verhalten sollen. Voraussetzung ist die Anmeldung im sogenannten Katwarn-System. Dieses wird den Angaben zufolge unter anderem bereits in Großstädten wie Hamburg und Berlin genutzt.

THW-Helfer für Balkan-Einsatz

Altenburg. Das Technische Hilfswerk in Sachsen und Thüringen ist für einen Hochwasser-Hilfseinsatz auf dem Balkan gewappnet. „Wir haben Personal und Material zusammengestellt und warten auf den Startschuss“, sagte die Sprecherin des Landesverbandes Andrea Wirth am Montag in Altenburg. Das Hilfswerk verfügt über spezielle Hochleistungspumpen, die helfen könnten, Wohngebiete und Industrieanlagen vor den Wassermassen zu schützen.

Ob die Helfer abgerufen werden, darüber entscheide die Bundesregierung, so Wirth. dpa

Zeugensuche nach Attacke

Suhl. Nach einer Attacke auf den FDP-Landtagsabgeordneten Marian Koppe am Wochenende in Suhl sucht die Polizei Zeugen. Außerdem würden Videoaufnahmen der Außenkameras am Suhlter Congress-Centrum gesichtet, teilte die Polizei am Montag mit. Der 39-jährige Politiker war in der Nacht zum Sonntag von Unbekannten an einer Treppe in der Innenstadt umgestoßen und beleidigt worden. dpa



Ein freilebender Wolf lief vor wenigen Tagen in der Nähe von Bittstädt am Rande des Truppenübungsplatzes Ohrdruf durch den Wald. Das Jungtier wurde inzwischen mehrfach in der Umgebung gesichtet. Foto: S. Böttner

Suche nach Namen

Liebe Leser, nachdem der erste Wolf offiziell in Thüringen gesichtet wurde, sind Sie aufgerufen, dem Neuankömmling einen Namen zu geben. Schreiben Sie eine E-Mail an: leserbriefe@thueringer-allgemeine.de oder rufen Sie heute von 10 bis 20 Uhr unter folgender Nummer an: (0361) 227 51 34.



Gregor Gysi warb am Montag auf dem Eisenacher Marktplatz vor gut 400 Menschen um Stimmen. Fotos: Sascha Willms